

**Rede der Parteivorsitzenden,
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,
anlässlich des Grundsatzprogrammkongresses der CDU Deutschlands
am 4. September 2007 in Hanau**

- Transkription der Tonbandaufzeichnung, redigierte und leicht gekürzte Fassung -

Lieber Roland Koch, liebe Freunde, es ist ein wunderschöner Blick von hier, auf die vielen, die heute gekommen sind, um an unserer Debatte über den Entwurf unseres Grundsatzprogramms teilzunehmen. Ich kann nicht jeden Einzelnen begrüßen. Der Bundestagspräsident ist hier, Bernhard Vogel, der Generalsekretär Ronald Pofalla und viele Mitglieder der Programmkommission sind da. Es sind auch viele da, die sich für eine Debatte interessieren, die uns wichtig ist und die wir hier in Hanau ganz grundsätzlich führen wollen, und zwar über das Programm, mit dem wir deutlich machen wollen, was christlich-demokratische Politik für Deutschland im 21. Jahrhundert bedeutet. Wem sein Land am Herzen liegt, der muss bereit sein, auch in schwierigen Situationen für Grundsätze einzustehen. Genau das muss auch die Christlich Demokratische Union immer auszeichnen.

Das war mit Konrad Adenauer so, der die Westbindung Deutschlands geschaffen hat. Das war mit Helmut Kohl in der Frage der deutschen Einheit so. Dazu nur ein Beispiel: Am 27. August 1987, also vor 20 Jahren, verabschiedete die SPD gemeinsam mit der SED ein Grundwertepapier. Aber nur einige Tage später, am 7. September 1987, hielt Helmut Kohl anlässlich des Besuchs von DDR-Staats- und Parteichef Honecker eine Tischrede, in der er u. a. sagte: „Das Bewusstsein für die Einheit der Nation ist wach wie eh und je, und ungebrochen ist der Wille, sie zu bewahren.“ Das waren mutige Worte, das waren visionäre Worte. Nicht zuletzt durch den Glauben an diese Vision konnte die deutsche Einheit am Ende realisiert werden. Liebe Freunde, das muss uns auch weiter leiten, das ist die Geschichte, von der wir leben, auf der wir aufbauen und aus der heraus wir die Zukunft gestalten.

Wir wissen also aus unserer Geschichte: Wer Politik für Deutschland machen will, der braucht klare Grundsätze. In dem Entwurf unseres Grundsatzprogramms bekennen wir uns zu unseren Werten und Zielen, zu unseren Wurzeln: der christlich-sozialen, der liberalen, der konservativen. Wir bekennen uns zum christlichen Menschenbild, einem Menschenbild, das die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt, das die freie Entfaltung jedes einzelnen Menschen zum Ziel hat, das weiß, dass Menschen Schuld auf sich laden und Irrtum begehen können, das niemals einen Menschen über den anderen stellt. Wir bekennen uns zu unseren Grundwerten: zu Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. In diesem Bekenntnis zu unseren Werten und Zielen drückt sich die beständige Linie dessen aus, was die Christlich Demokratische Union von Anbeginn ausgemacht hat.

Gleichzeitig wollen wir Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben, auf die Herausforderungen unseres Jahrhunderts. Hier genau liegt auch der Grund, warum wir beschlossen haben, unser Grundsatzprogramm von 1994 zu überarbeiten. Die neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind klar sichtbar. Der Kalte Krieg ist vorbei. Wir gehören zu denjenigen, die nicht mehr darüber debattieren, ob wir noch irgendeine Sorte Sozialismus brauchen. Wir sind froh, dass wir den Sozialismus überwunden haben.

Aber seit dem Ende des Ost-West-Konflikts wissen wir auch, dass wir vor weiteren, vor neuen Herausforderungen stehen: Die bedrohte Schöpfung zu schützen, die globalisierte Welt zu gestalten, die Wissensgesellschaft zu entwickeln, dem Wandel im Altersaufbau unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen und neuen Gefährdungen unserer Sicherheit nach innen wie nach außen zu begegnen. Das Zusammenspiel dieser Entwicklungen führt zu großen Umwälzungen, die von uns neue Antworten verlangen. Unsere Werte leiten uns dabei. Sie sind das Gerüst, aus dem heraus wir die Antworten auf die neuen Fragen finden.

Was zum Beispiel bedeutet es heute, die Würde des Menschen zu schützen angesichts von völlig neuen technischen, wissenschaftlichen Möglichkeiten, den Menschen zu beeinflussen, zu verändern und ihn auch zu manipulieren? Für uns heißt die Antwort: Auch wenn der Mensch mehr kann, als ethisch verantwortbar ist, so gibt es doch Grenzen durch den Schutz der Würde des Menschen, zu der wir uns aus unserem Menschenbild heraus

bekennen. Diese Grenzen müssen eingehalten werden. Es gibt keinerlei Legitimation, die Würde des Menschen in Frage zu stellen. Das beginnt am Anfang des Lebens, das leitet uns bei der Diskussion zur Begrenzung der Forschung an Stammzellen und das endet in einem würdigen Ende des Lebens, bei dem für uns aktive Sterbehilfe nicht in Frage kommt.

Unser Verständnis vom Menschen und seiner Würde endet nicht an den Grenzen Deutschlands, und es endet auch nicht an den Grenzen Europas. Über 6 Milliarden Menschen leben heute auf der Erde, in wenigen Jahren bis zu 9 Milliarden Menschen, denen wir natürlich nicht das Recht auf Wohlstand, auf Entfaltung der Person absprechen können. Deshalb müssen wir stärker denn je lernen, nach gemeinsamen Regeln miteinander zu leben.

In diesem Zusammenhang reden wir sicherlich oft über viele technische Begriffe: Reduktionsziele, neue Technologien, Vermeidung von Schadstoffen und vieles mehr. Eigentlich, liebe Freunde, haben wir Christdemokraten doch für all dieses einen anderen, im Übrigen sehr schönen Begriff, und der heißt Bewahrung der Schöpfung. Aus diesem Grunde sind für uns zum Beispiel Klimaschutz oder der sorgfältige Umgang mit Ressourcen zutiefst moralische Verpflichtungen. Nur wenn wir dies begreifen, werden wir auch die richtigen Antworten finden können. Es geht nicht um die kurzfristige Frage, ob etwas teurer oder billiger ist, sondern es geht um die moralische Frage, ob wir die Kraft haben, unseren Nachkommen eine Welt zu hinterlassen, in der auch sie die freie Entfaltung ihrer Person leben können.

Das berührt natürlich auch unsere Wirtschafts-, Finanz und Sozialpolitik. Für uns als Christlich Demokratische Union Deutschlands stellt sich ganz konkret die Frage, was wir denn für unsere Gesellschaft im 21. Jahrhundert erreichen wollen, was unser Ziel ist. In diesem Zusammenhang will ich daran erinnern, dass es kein Sozialdemokrat war, auch kein Freier Demokrat, die Grünen konnten es gar nicht sein, sondern es war niemand Anderes als der Vater der sozialen Marktwirtschaft, der frühere Vorsitzende unserer Partei, Ludwig Erhard, der vor über 50 Jahren gesagt hat: „Wohlstand für alle.“ In seiner Tradition sagen wir heute: Wir wollen niemanden zurücklassen. Wir wollen, dass alle am Aufschwung

teilhaben können. Wir wollen das, was wir im Augenblick an Aufschwung sehen, verstetigen.

Arbeit für alle ist und bleibt unser Ziel. Wer wären wir denn, wenn wir uns mit 3,7 Millionen Arbeitslosen zufrieden geben könnten? Aus der Tradition von „Wohlstand für alle“ heißt es heute „Teilhabe für alle“ an einer Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Dem stellt sich die Christlich Demokratische Union, weil sie die Volkspartei der Mitte ist, die allen Menschen eine Chance geben will.

Deshalb müssen wir in den Ländern die Chancen auf Bildung verbessern. Deshalb reformiert die Bundesregierung unser Land, saniert sie den Haushalt, investiert sie in die Zukunft. Dazu gehört angesichts unseres demographischen Wandels auch die Rente mit 67. Dabei wissen wir auch, dass wir mehr Chancen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen. Wir können uns doch nicht mit einer Gesellschaft abfinden, in der die Menschen zwar immer älter werden, aber ab Mitte 50 fast keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt haben. Das könnte niemand verstehen. Das wäre nicht Teilhabe für alle in dem Maße, wie die Menschen sich das wünschen. Daher müssen wir mit den richtigen Mitteln und Methoden mehr Arbeit schaffen.

Natürlich brauchen wir dazu branchenbezogen faire Löhne. Aber wenn wir einen generellen Mindestlohn einführen, vernichteten wir Arbeitsplätze, dann senkten wir die Chancen der Menschen. Genau das wollen wir nicht, deshalb wenden wir uns gegen einen flächendeckenden einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn.

In den letzten zwei Jahren haben wir einiges geschafft: Deutschland hatte im vergangenen Jahr 2,9 Prozent Wachstum. Unser Land hat heute über eine Million weniger Arbeitslose und über 600.000 mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Doch es lohnt sich immer noch, über die Grenze zu schauen und zu sehen, dass Finnland 5,5 Prozent Wachstum hat, Schweden fast 6 Prozent, dass andere Länder nicht erst 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt haben, sondern schon heute Überschüsse und damit für die nächste Generation vorsorgen können. Das zeigt: Wir müssen weiter auf Veränderungen drängen, denn Veränderung lohnt sich für die Menschen. Veränderung

schafft sichere Sozialsysteme, Veränderung schafft mehr Arbeitsplätze. Das ist das, was wir wollen, um Teilhabe für alle zu sichern.

Wir spüren, dass wir vieles im eigenen Land tun können und tun müssen. Aber ebenso spüren wir, dass das alleine nicht ausreicht, weil vieles heute in der Welt so zusammenhängt, dass uns Probleme auch von außen erreichen. Wenn die Nachfrage nach Milch in China größer wird, hat das Auswirkungen auf unseren Milchpreis. Wenn die Chinesen schadhaftes Kinderspielzeug herstellen, dann gibt es bei uns Sorgen und Rückrufaktionen. Wenn in Amerika eine Immobilienkrise herrscht, dann bedeutet das Unsicherheit für unsere Banken. Das heißt, die alte Trennung in Innen- und Außenpolitik funktioniert heute nicht mehr so wie früher. Und das bedeutet, dass wir uns damit befassen müssen, wie wir mit unseren Grundsätzen Spielregeln vereinbaren können, damit uns nicht von außen das zerstört wird, was wir im Inneren an Reformen machen.

Es ist unübersehbar: Die Kräfteverhältnisse auf der Welt ändern sich. China wird uns wahrscheinlich nächstes Jahr als Exportweltmeister überholen. Am Anfang des 19. Jahrhunderts war noch jeder vierte Mensch auf der Welt ein Europäer. Am Ende unseres Jahrhunderts wird nur noch jeder vierzehnte Mensch ein Europäer sein. Das heißt, wenn wir früher drei Menschen von unseren Zielen auf der Welt überzeugen mussten, dann müssen wir in Zukunft 13 überzeugen.

Nicht jeder auf der Welt ist schon von Haus aus überzeugt von den Grundwerten, die wir in Deutschland und in Europa leben. Nicht jeder teilt unser Menschenbild. Wenn wir der Überzeugung sind, das richtige Menschenbild und die richtigen Grundwerte zu haben, dann müssen wir durch eigenes Beispiel und große Überzeugungskraft dafür eintreten, dass diese Welt so gestaltet wird, wie wir glauben, dass es für die Menschen gut ist. Dann müssen wir uns unter anderem für Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen einsetzen. Wir haben als Standort keine Chance, wenn woanders die Kinder arbeiten, wenn woanders 70 Stunden, 80 Stunden in der Woche gearbeitet wird, wenn woanders die ökologischen Reserven missbraucht werden. Das heißt, wir müssen mit großer Entschlossenheit und mit Selbstbewusstsein für unsere Werte und Ziele eintreten.

Wenn wir es zum Beispiel nicht schaffen, den Schutz des geistigen Eigentums auf der Welt zu vereinbaren, dann haben die Erfindungen und die Kreativität unserer Mittelständler keine Chance mehr, weil zu viel geraubt wird. Deshalb ist es zutiefst in unserem Interesse, mit Selbstbewusstsein aufzutreten und das, was nach dem Zweiten Weltkrieg Konrad Adenauer und Ludwig Erhard geschafft haben, und zwar durch den Glauben an die Kraft des einzelnen Menschen das scheinbar Unmögliche zu erreichen, auch heute wieder erreichen zu wollen, in dem wir darauf vertrauen, dass man diese Welt tatsächlich gestalten kann, dass man ihr nicht ohnmächtig ausgesetzt ist.

Ich sagte es: Der Kalte Krieg ist zu Ende. Er liegt hinter uns. Heute müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es völlig neue Bedrohungen gibt. Bedrohungen, die auf ihre Art komplizierter sind als der Kalte Krieg. Damals sorgte die gegenseitige Abschreckung immerhin dafür, dass eine gewisse Stabilität erhalten werden konnte. Diese Abschreckung hat gerade deshalb funktioniert, weil jeder davon ausgehen konnte, dass sich keiner der Gegner selbst vernichten wollte. Heute haben wir es mit den Gefahren des Terrorismus und dabei mit Menschen zu tun, die ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen und wegwerfen, weil sie unsere Art zu leben bekämpfen wollen, also die freiheitliche, offene, demokratische Gesellschaft.

Deshalb geht es beim Engagement Deutschlands zum Beispiel in Afghanistan tatsächlich nicht nur um das Wohl der afghanischen Bevölkerung. Am 11. September 2001 haben wir vielmehr erleben müssen, dass dort, wo keine staatlichen Strukturen mehr existieren, Terroristen freien Raum haben und uns bedrohen. Es wird deutlich: Ohne militärische Absicherung können der zivile Aufbau nicht geschafft und die Sicherheit Deutschlands, Europas und der freiheitlichen Welt nicht sichergestellt werden. In unserem Programmentwurf schreiben wir deshalb: „In einer globalen Welt ist jedes Land unser Nachbar.“ Es kann uns nicht gleichgültig lassen, ob es Entwicklungen in Afrika gibt, die zu Flüchtlingsbewegungen nach Europa führen, oder zusammenbrechende Staaten, die ein Raum für Terroristen sind.

Wir müssen gleichzeitig zur Kenntnis nehmen, dass sich die Anforderungen an die innere Sicherheit verändert haben. Innere und äußere Sicherheit wachsen immer mehr

zusammen. Natürlich wollen wir die Bundeswehr zu keiner Sonderpolizei machen. Aber wir dürfen uns auch nicht Tabus auferlegen, die den Anforderungen unserer Zeit nicht entsprechen. In speziellen Situationen muss es möglich sein, dass die Bundeswehr auch im Inneren eingesetzt wird, genauso wie die Bundeswehr im Äußeren zum Teil auch Polizeiaufgaben wahrnimmt. Das ist das Zusammenwachsen von innerer und äußerer Sicherheit, und das ist die richtige Antwort auf eine neue Lage. Da nützt es uns gar nichts, wenn wir alte, ideologische Grabenkämpfe weiterkämpfen.

Wenn wir den Terrorismus bekämpfen wollen, dann muss in bestimmten, von Richtern abgesicherten Fällen auch ein Zugang auf die Computer von Terroristen möglich sein. Es darf keinen Raum geben, in dem Terroristen sicher sein können, dass sie sich austauschen können, ohne dass der Staat einen Zugriff hat. Da das heute oft über Computer läuft, muss man darauf genauso antworten, wie man früher auf Kommunikationswege mit der Telefonüberwachung geantwortet hat. Wir können uns damit nicht mehr viel Zeit lassen, weil die Gefahren da sind.

Ein entschlossenes Handeln gegenüber all diesen Herausforderungen erfordert ein eigenes Selbstverständnis. Das wird zuerst in der kleinsten Einheit unseres Staates geprägt, zu Hause, in der Familie. Die Familie ist und bleibt das Fundament unserer Gesellschaft. Der Staat will sich in die Lebensführung der Familien nicht einmischen. Aber wenn wir von der freien Entfaltung der Person sprechen, dann müssen wir auch die Grundlagen dafür legen, dass Eltern die dafür notwendigen Entscheidungen tatsächlich treffen können. Wir werden nie darüber richten, wie eine Mutter, ein Vater ihr eigenes Leben gestalten. Aber wenn wir wissen, dass es immer mehr Mütter und Väter gibt, die Kinderbetreuung brauchen, dann werden wir uns dem nicht verweigern, denn wir wollen die Wahlfreiheit in ihrem eigentlichen Sinne wirklich ermöglichen.

Wir müssen die Erziehungskraft der Familien stärken. Familie ist, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Das ist etwas, was der Staat gar nicht erzwingen kann. Genau deshalb muss unser Zugang auch immer sein, die Erziehungskraft der Familien zu stärken. Damit sehen wir auch der Verwahrlosung von Kindern nicht

tatenlos zu, sondern tun alles, damit auch diese Kinder eine Chance haben, sich frei als Persönlichkeiten zu entfalten.

So wird im Übrigen auch klar: Tugenden wie Füreinander eintreten, Ehrlichkeit im Umgang miteinander oder Fleiß sind nicht altmodisch. Sie sind vielmehr die Voraussetzung dafür, dass unsere Gesellschaft Zusammenhalt hat. Dazu besinnen wir uns in unserem Programm auf unsere Kultur, auf unsere Sprache. Wir wissen: Wir sind ein Integrationsland, wir wollen die, die zu uns gekommen sind, integrieren. Das ist aber nicht zum Nulltarif zu haben, sondern erfordert, dass man sich zumindest auf gemeinsame Gesetze und eine gemeinsame Sprache einigt.

Im Verlauf der Geschichte unseres Landes hat sich eine Leitkultur herausgebildet, die uns Deutsche auszeichnet. Wir bekennen uns zu unserem Vaterland. Das gibt uns die Kraft, das Zusammenwachsen von Ost und West zu gestalten. Das gibt uns die Kraft, im Föderalismus füreinander einzutreten. Das gibt uns auch die Kraft, in der Europäischen Union für die europäische Einigung einzutreten, nicht im Gegensatz zum Nationalstaat, sondern als zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Wir beschreiben in unserem Grundsatzprogramm all die Herausforderungen mit Zuversicht. Wir sprechen von der Chancengesellschaft. Das sind Entwicklungen, die, wenn wir sie richtig angehen, Menschen mehr Chancen geben, als das früher der Fall war. Die Politik muss deshalb den Anspruch zur Gestaltung haben. Das heißt nicht, dass sie sich in alles einmischt. Dennoch: Wir sind der festen Überzeugung, dass Politik gestalten kann. So hat zum Beispiel die soziale Marktwirtschaft immer einen Ordnungsrahmen gebraucht. Auch die soziale Marktwirtschaft in der globalen Dimension braucht einen solchen Ordnungsrahmen. Auch Sicherheit war nie einfach da. Sicherheit wurde immer durch das staatliche Gewaltmonopol gewährleistet. Und mit Blick auf den demographischen Wandel sagen wir nicht einfach, dass wir ihn bedauern oder er uns bedrückt, sondern dass wir ihn gestalten wollen, damit die Generationen zusammenleben können und alle Generationen ihre Chance haben.

Manche denken vielleicht, das schaffen wir nie. Aber, liebe Freunde, das war nie das Herangehen der Christlich Demokratischen Union, dann wäre Deutschland nicht da, wo Deutschland heute ist. Wir können aus dem, was die Christlich Demokratische Union in ihrer Geschichte geleistet hat, eine feste Überzeugung ableiten: Wenn wir die Werte, wenn wir die Grundsätze, wenn wir die Wurzeln unserer Partei ernst nehmen, wenn wir auf unsere Werte und Wurzeln setzen, wenn wir an den Menschen glauben und nicht dem einzelnen Menschen misstrauen, wenn wir uns freuen, dass die Menschen unterschiedliche Fähigkeiten und Fertigkeiten haben und wenn wir das als den Reichtum unseres Landes akzeptieren, dann werden wir das, was vor uns liegt, gestalten können.

Mit diesem Anspruch machen wir Kommunalpolitik, Landespolitik, Bundespolitik und Außenpolitik. Ich finde es spannend in dieser Welt des 21. Jahrhunderts. Lassen Sie uns in dieser Programmdebatte zu den Menschen gehen und ihnen sagen: Deutschland hat so vieles geschafft, lasst uns jetzt als Bundesrepublik unseren Beitrag für die eine Welt dazu leisten, dass diese Welt lebenswert bleibt – hier bei uns zu Hause und anderswo. Wenn wir mit dieser Freude nach draußen gehen, dann werden wir eine Chance haben, Menschen zu überzeugen, dann werden wir eine Chance haben, Menschen deutlich zu machen, dass Politik etwas bewegen kann. Dazu aber braucht sie den Einzelnen. Jeder soll sich in diese Gesellschaft einbringen können, dann wird es für uns alle gut sein.

Herzlichen Dank.